

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Muzelgenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Postzettel. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 238 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von H. Wep. Druck von G. H. S. Kellner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Wilschstr. 7, II. — Fernsprech-Anschluß Nord 9085—9094

### Das Vergangene.

Das Jahr 1927 liegt nun hinter uns, ist zeitlich „vergangen“. Aber viele, viele kleine und große Ereignisse dieses vergangenen Jahres wirken sich erst in der Gegenwart und in der Zukunft aus. Und weil es so ist, deshalb wollen wir einen kurzen Rückblick werfen auf das „Vergangene“ des verschwundenen Jahres. Wer die Vergangenheit nicht kennt, wird die Gegenwart und die Zukunft nicht verstehen. Nur die Geschichte kann uns Lehrmeisterin sein, nur die Kenntnis der geschichtlichen Ereignisse vergangener Zeiten kann uns befähigen, in dem zukünftigen Geschehen manche Fehler zu vermeiden, die früher bereits gemacht worden sind. Dazu ist nötig, daß wir uns nicht von unseren Leidenschaften beherrschen lassen, vielmehr müssen wir unseren Geist so diszipliniert haben, daß er die Herrschaft über die Leidenschaften behält, wenn wir auch nicht wünschen, daß wir völlig leidenschaftslos handeln, denn die Leidenschaft ist vorzüglich geeignet uns mit Ideen zu befruchten, uns Antriebe zu sein bei unserem Wirken im sozialen Kampf, der zunächst noch vorwiegend Klassenkampf sein muß. „Sein muß“, nicht weil wir es so wollen, sondern weil es nicht anders sein kann!

Das Jahr 1927 war für die Arbeitnehmerschaft und auch für unseren Verband ein wirtschaftliches Kampfsjahr. Soweit umfassendere Kämpfe im allgemeinen in Frage kommen, sei nur erinnert an die Kämpfe in der Textilindustrie, an die Aussperrung der 70 000 Tabakarbeiter, an das skandalöse Verhalten der Schwerindustriellen wegen der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung. Unser Verband hatte zahlreiche Lohnbewegungen und Kämpfe zu führen, die vorwiegend zugunsten unserer Mitgliedschaft erledigt werden konnten. So wurden in der chemischen Industrie, in der feinkeramischen Industrie, in der Papierindustrie, in der Porzellanindustrie, in der Glasindustrie, in der Grobkeramik usw. Verbesserungen in der Lohn- und Arbeitszeitfrage erreicht.

Das abgelaufene Jahr brachte eine erhebliche Konjunkturbesserung, die auch in den Zahlen unserer arbeitslosen und verkürzt arbeitenden Mitglieder zum Ausdruck kommt. Die nachfolgende Tabelle gibt eine Vergleichsmöglichkeit über den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Jahren 1926 und 1927 in unserem Mitgliedsbereich.

Ende des Monats	Von je 100 Verbandsmitgliedern waren arbeitslos		arbeiten verkürzt	
	1926	1927	1926	1927
Januar . . . .	20,6	14,5	17,6	6,9
Februar . . . .	20,1	13,6	16,4	6,1
März . . . . .	16,7	11,4	14,7	4,3
April . . . . .	16,5	8,6	14,7	3,3
Mai . . . . .	15,7	7,1	13,2	2,4
Juni . . . . .	11,9	6,2	12,0	1,9
Juli . . . . .	14,8	5,1	11,5	2,5
August . . . .	14,4	5,1	12,1	2,5
September . .	13,2	4,9	11,4	2,2
Oktober . . .	13,7	5,2	8,3	1,9
November . .	13,8	6,9	7,0	2,0
Dezember . .	15,2	—	7,5	—

In den Zahlen für September 1926 sind zum erstenmal die Feststellungen für den keramischen Bund enthalten. An der Gesetzmäßigkeit des Verlaufes haben sie anscheinend nichts oder nicht viel geändert. Die Arbeitslosigkeit ist 1927 im Durchschnitt um etwa 50 Prozent gegen 1926 gesunken; bei der Kurzarbeit ist der durchschnittliche Rückgang sogar zirka 75 Prozent. Diese Tatsache kommt auch zum Ausdruck in der Mitgliederbewegung. Allerdings liegen erst die genauen Resultate über die drei ersten Quartale des Jahres 1927 vor, aber sie spiegeln den Verlauf der Wirtschaftskonjunktur getreu wieder. Unser Verband zählte

am Ende des 4. Quartals 1926	375 935 Mitglieder
am Ende des 1. Quartals 1927	387 046 Mitglieder
am Ende des 2. Quartals 1927	412 678 Mitglieder
am Ende des 3. Quartals 1927	419 190 Mitglieder

Auch finanziell hat sich unser Verband vorzüglich entwickelt. Zahlen hierüber jetzt zu geben, hat keinen Zweck, solange der Abschluß des 4. Quartals noch nicht beendet ist.

Von wesentlicher Bedeutung für den Aufstieg unserer Organisation ist die Eröffnung der Verbandsschule im Laufe dieses Jahres in Wennigsen am Deister. Eine eigene Schule mit Internat hätten wir in der Vorkriegszeit als ein noch sehr weites Ziel angesehen. Heute ist die eigene Verbandsschule Wirklichkeit. Aus ihr soll Kraft und Zielsicherheit strömen.

Das Jahr 1927 hat als gutes Konjunkturjahr der Wirtschaft die Möglichkeit gegeben, sich weiter zu festigen, und neben gutem Verdienst Kapital zu akkumulieren (anhäufen). Daß bei alledem die Unternehmer jammern, als hätten sie nicht das trockene Brot für den anderen Tag, gehört zum Geschäft. Daran hat man sich gewöhnt und weiß, was im allgemeinen dahintersteckt. Im abgelaufenen Jahre haben 827 Aktiengesellschaften die Summe von 764 Millionen Mk. als Dividende verteilt, das bedeutet eine Durchschnittsdividende von 7,15 Prozent. Das war nur möglich bei steigender

Produktion mit gutem Absatz und — guten Preisen. Es ist interessant, die Produktionssteigerung an Zahlen zu verfolgen.

Der Produktionsindex des „Instituts für Konjunkturforschung“ zeigt seit 1924 folgende Entwicklung:

Jahr	Quartal	Gesamtproduktion (Durchschnitt 1924 = 100)		
		Grundstoffindustrie	Verarbeitende Industrie	Gesamt
1924	1. Vierteljahr	77,5	78,0	88,2
	2. „	86,1	81,0	98,0
	3. „	86,1	88,5	81,0
	4. „	101,6	101,4	102,5
1925	1. Vierteljahr	111,8	112,0	111,8
	2. „	107,1	107,5	106,8
	3. „	103,3	100,4	110,0
	4. „	104,1	100,3	112,8
1926	1. Vierteljahr	94,4	95,0	98,3
	2. „	91,4	95,6	82,1
	3. „	100,7	105,0	91,0
	4. „	116,7	118,5	112,6
1927	1. Vierteljahr	121,9	122,7	120,3
	2. „	122,5	122,0	123,8
	3. „	123,3	122,2	125,9
	4. „	—	—	—

### Bereitet

die Agitation vor für die Zeit, da die verschiedenen Saisonarbeiten wieder beginnen, eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften einsetzt.

### die

noch furchtsame Arbeiterschaft wieder mehr Mut gewinnt und dadurch dem Organisationsgedanken zugänglicher wird. Jetzt schon müssen „Pläne geschmiedet“ werden für die

### Frühjahrs-

Agitation. Kommissionen sind zu bilden, zu belehren, zu schulen, d. h. ihnen die gesammelten Erfahrungen zu übermitteln, damit sie wissen, wie sie sich bei der beginnenden

### Agitation

zu verhalten, zu benehmen haben. Jeder Zahlstellenleiter, der mit der Kleinagitation gute Erfolge erzielen will, darf nicht erst in letzter Minute seinen Agitationskörper aufbauen. Arbeitet er jetzt schon

### vor

dann wird die geleistete Arbeit sich lohnen, sowohl als persönliche Genugtuung wie auch materiell im Interesse der Mitgliedschaft.

Mit der steigenden Produktion und der Akkumulation neuen Kapitals ist auch die Macht der Produktionsbesitzer größer geworden. Die Weiterbildung der Kartelle zu Konzernen zur Vertrustung und damit die Erreichung des Zieles „Monopolisierung“ ist im vergangenen Jahre erheblich fortgeschritten. Wir erinnern nur an den Vereinigten Stahltrust, an die weitere Vertrustung in der Chemie, Kunststoffe-, Zündholz- und der Zementindustrie und andere. Zweck des Monopols ist die Preisdikatur. Und wenn das tausendmal bestritten wird, so ist es tausendmal wahr. Die Folge der Monopolisierung hat sich wiederholt gezeigt, so namentlich in der Einschränkung der Zuckererzeugung, um die Preise hochzutreiben, in der Drosselung der Gummiausfuhr zu dem gleichen Zweck. Der Löwenanteil der günstigen Konjunktur ist den Produktionsmittelbesitzern und den großen und kleinen Händlern zugefallen, den sogenannten Zirkulationsagenten, d. h. sie haben sich auf Grund ihrer Vormachtstellung gemeinsam geteilt, was aus Produktion bzw. Konsum floß. Um ungeförter „teilen“ zu können, haben die „Herren“ sich Wissenschaftler gekauft, deren Aufgabe es ist, den Werksgemeinheitsgedanken zu propagieren, die Arbeiterschaft zu korrumpieren, sie zu seelischen und geistigen Ennuchen zu machen.

Wer die wirtschaftliche Macht besitzt, bestimmt vorwiegend die Politik, mittels dessen bezieht er sie in hervorragender Weise, und sei es nur, daß er sie mit seinen wirtschaftlichen Machtmitteln erfolgreich durchkreuzt. Man denke nur an

die Stilllegungsdrohung der Großbetriebsindustriellen, als der Arbeiterschutz der Feuerarbeiter und anderer Schwerarbeiter in Kraft treten sollte. Und trotz alledem: auch die wirtschaftliche Macht der Arbeiterschaft, ihre or... erie Arbeitskraft ist nicht mehr einflusslos im Staats- und Wirtschaftsleben. Die Zeit wird kommen, da die Arbeiterschaft einfließt, wie man sich zu verhalten hat, um nicht von einer bürgerlichen Regierung um die Steuererleichterung gebracht zu werden, wie es kurz vor Jahreschluss geschehen ist, oder auch, um Zollerhöhungen zu verhindern, was 1927 nicht gelungen ist, oder eine solche abzuwehren. Immerhin: der aus den Organisations der Arbeitnehmer herauswachsende und sich auswirkende Geist hat sich heute bereits umgewandelt in greifbare Wirklichkeit. Ergebnisse jahrzehntelanger Ringens liegen vor in gesetzlich (prinzipiell) verkürzter Arbeitszeit, in erhöhtem Arbeitsschutz, insbesondere in Giftbetriebs, und aus neuer Zeit speziell das Arbeitslosenversicherungsgesetz und das Arbeitsgerichtsgesetz. Ohne langjährige Organisationsarbeit wäre all das nicht. Das mögen sich insbesondere jene gut einprägen, die erst in letzter Minute aufgewacht sind und sich nun allen Ernstes einbilden, ihr Geschrei hätte zuwege gebracht, was andere in jahrzehntelanger Pionierarbeit geschaffen, Stein um Stein aufgeschichtet haben.

Mit frohem Mut und voll Vertrauen zu uns selbst und zu unserer Organisation werden wir im Jahre 1928 weiterbauen auf der Grundlage, die wir in unserer Organisation geschaffen haben. Sie soll eine feste Burg für unsere Mitgliedschaft sein. Und wenn nicht alles trägt, wird die Arbeiterschaft aus den in den letzten vier Jahren gewonnenen Lehren die richtigen Schlüsse ziehen und dem Gegner auf politischem Gebiet ein Jena bereiten. Dann wird es desto leichter gelingen, in seine wirtschaftliche Festung Breschen zu schlagen. Wir werden dabei sein.

### Dobrowolski will die Einheitsfront zerreißen.

Jemanden als Lumpen, als Gelben, als Unternehmersdiener, als Verräter und dergleichen zu beschimpfen und doch fortgesetzt um die Freundschaft oder doch Kollegenschaft des Beschimpften zu buhlen, verrät einen nicht normalen Charakter. Solchen Leuten geht man nur zu gern aus dem Wege, wenn man kann. Nur mit Widerwillen setzt man sich mit ihnen zusammen. Aus ihrem Munde klingt das Wort „Kollege“ geradezu scheußlich, es klingt wie eine Beleidigung oder wie eine Verhöhnung.

Der hier gezeichnete Charakterzug ist bei den parteikommunistischen Funktionären fast allgemein vorhanden. Es ist ja kaum anders möglich bei Leuten, deren Grundsatz ist: Mit List, Schlaubeit, Verschweigen der Wahrheit usw. umzugehen. Daß solche „Freunde“ jederzeit bereit sind, dem Freunde in den Rücken zu fallen, hatte man bisher reichlich Gelegenheit, zu beobachten.

Der russische Chemiarbeiterverband hat wiederholt die Aufnahme in die Fabrikarbeiter-Internationale beantragt. Auf verschiedenen Kongressen dieser Internationale war der Vorsitzende des russischen Chemiarbeiterverbandes, Dobrowolski, als Gast anwesend, zuletzt auch im Juli 1926 in Kopenhagen. Er hat als Gast nie veräußert, sein Gastrecht zu mißbrauchen, indem er jedesmal die Führer der Fabrikarbeiterverbände als Gelbe und als Unternehmersdiener beschimpfte. Trotzdem hat man diesen Mann als Gast geduldet.

Auf diesem letzten Kongress lag wieder der Antrag vor über die Aufnahme des russischen Chemiarbeiterverbandes in die Fabrikarbeiter-Internationale. Der Kongress beschloß, den russischen Chemiarbeiterverband aufzunehmen, wenn er sich bereit erkläre, im russischen Gewerkschaftsbunde einen Antrag einzubringen und zu vertreten, was auch der russische Gewerkschaftsbund sich dem I.G.B. anschließen soll. Dieses Verlangen war einfach logisch. Der anwesende Vertreter Dobrowolski lehnte ab, womit festgestellt war, daß er nur anwesend war, um zu „entlarven“, nicht um die Einheitsfront herzustellen.

Daß dieser Dobrowolski nicht weit vom Stammbolschewistischen Taktik gefallen ist, beweist sein jetziges Verhalten. Statt Einheitsfront erstreckt Dobrowolski jetzt ernstlich die Zerreißung der Fabrikarbeiterverbände der verschiedenen Länder. Allerdings eine Aufgabe, die zu lösen Dobrowolski nicht der Mann ist.

Gelegentlich des zehnjährigen Jubiläums der Sowjetherrschaft war auch wieder eine der berühmten Rußlanddelegationen fällig zum Zwecke der Beschäftigung potemkinscher Dörfer. Da hat sich nun Herr Dobrowolski mit den Delegationen aus der Chemie-, Glas- und verwandten Industrie zusammengefunden, um die Leute zu be-lehren. Am 14. November 1927 fand diese Beratung in Moskau statt. Der Hofe Fabrikarbeiter, Organ des Internationalen Propagandakomitees der revolutionären Chemie-, Glas- und Porzellanarbeiter, be-

richtet in seiner Nummer 5 vom Dezember 1927 über diese "Beratung". Diese Zeitschrift leistet seit langer Zeit Vorarbeit für die endgültige Zerreißung der Verbände. Nach der genannten Nummer waren bei der Beratung 18 ausländische Delegierte anwesend. Mit Ausnahme der drei Dänen waren alle Delegierten — darunter fünf Deutsche — aus den Betrieben. Die deutschen Delegierten — so sagt der Bericht — gehörten dem Deutschen Fabrikarbeiterverband an.

Dobrowolski hat auf dieser Beratung allerlei Räuber-geschichten erzählt, z. B.: die Fabrikarbeiter-Internationale habe für den Eintritt des russischen Verbandes beileidigende und unannehmliche Bedingungen gestellt. Also, wenn von Dobrowolski Konsequenz verlangt wird insofern, daß er für den Anschluß des russischen Gewerkschaftsbundes an den IGBW wirken solle, so ist das für ihn beleidigend und unannehmbar. Die jahrelangen Verhandlungen — sagt Dobrowolski — haben bewiesen, daß auf diesem Wege das Ziel nicht erreicht werden könne. Sie (die Gewerkschaften der USSR, die Redaktion) haben daher beschloffen, direkt an die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften zu appellieren und die Lösung der Einberufung eines internationalen Einheitskongresses aller Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter der chemischen Industrie, der Glasindustrie und der verwandten Produktionszweige, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, anzustellen.

Was heißt das anders, als daß der edle Dobrowolski die Einheitsfront der Fabrikarbeiter in den verschiedenen Ländern zerreißen will, weil es z. B. den Baumgärtner, Sachs und Konsorten mit ihrer Gründung des Chemiarbeiterverbandes in Deutschland nicht gelungen ist. Und dieser Dobrowolski wird auf dem nächsten internationalen Fabrikarbeiterkongress wieder auftauchen mit der Miene des Biedermeisters, des ollen ehrlichen Seemanns.

Dobrowolski ist selbstverständlich ein Werkzeug der Bolschewistenregierung. Weil die Sowjetherrschaft mehr und mehr der kapitalistischen Wirtschaft Konzessionen machen muß, glaubt sie, es könne vielleicht vor der letzten Station noch gelingen, die Weltrevolution herbeizuführen durch die Zerreißung der nationalen Gewerkschaften und den daraus entstehenden Bruderkrieg zur Rettung der Sowjetdiktatur. Und da will auch der kleine Dobrowolski mithelfen.

Der Zentralvorstand des russischen Chemiarbeiterverbandes hat dann festgestellt, daß die Fabrikarbeiter-Internationale zurückgegangen sei, quantitativ und qualitativ, dank dem ununterbrochenen Streit zwischen den reformistischen Führern und auch dank der vollständigen Unfähigkeit dieser Organisation, die sich in einem Zustand völligen Verfalls befindet. Man muß sich nur wundern, daß die Deutschen so etwas stillschweigend ertragen. Freilich, ihr Wohlverhalten war Voraussetzung für ihre Delegation. Dafür erhielten die deutschen Delegierten, die von niemandem delegiert waren, eine — Fahne. Der Rückgang der Verbände hat seine Ursache nicht zuletzt in der zerfallenden Tätigkeit der kommunistischen Partei, nach russischem Diktat.

Eine ganz niedrige, bemußt unwahre Verleumdung ist in dem Bericht des "Roten Fabrikarbeiters" enthalten. Der Berichterstatter J. Grache — ob er so heißt, weiß man nicht — läßt die Delegierten sagen, daß die Führer der deutschen und österreichischen Verbände die Anhänger der Einheitsfront bei den Unternehmern demütigten. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir vermuten, daß dieses Produkt

niedriger Gesinnung nicht von den Delegierten, sondern von russischer Seite ausgeht, entstanden in der russischen Spindel-atmosphäre.

Alle an der Beratung teilnehmenden Delegierten waren voll und ganz für den Antrag zur Einberufung eines internationalen Einheitskongresses und für die Schaffung einer "wahren kämpfkräftigen Klasseninternationalen der Chemie-, Papier- und Glasarbeiter" durch die Russen. Die Delegierten versprachen diesem Werk ihre bestmögliche Unterstützung durch Agitation und Propaganda unter den Mitgliedern der Verbände der Chemie-, Glas- und Papierarbeiter.

Dobrowolski, der Kollege und Kampfgenosse, der Freund der Einheitsfront, hat sich nun selbst entlarvt als ein Werkzeug der bolschewistischen Regierung; er hat, nachdem er durch den Beschluß der Internationale über die Ausnahme des russischen Verbandes gezwungen war, Farbe zu bekennen, sich entlarvt als Zerförer der zur Fabrikarbeiter-Internationale gehörigen Verbände. Damit hat Dobrowolski die russische Organisation gewollt isoliert und sich als unehrlicher Mensch gezeigt, vor dem man sich hüten muß. Sein geplanter Streich wird ihm nicht gelinge.

### Unzulängliche Senkung der Lohnsteuer.

Das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, das der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor den Weihnachtstagen beschlossen hat, enthält über die Ermäßigung der Lohnsteuer folgende Vorschriften:

1. An der bisherigen Steuerberechnung ist nichts geändert worden, der Steuerbeitrag wird aber um 15 v. H., höchstens jedoch um 2 Mk. monatlich, 50 Pf. wöchentlich usw. ermäßigt. Diese Ermäßigung erstreckt sich auf alle Steuerpflichtigen mit zwei Ausnahmen, sie wird nicht angewendet a) auf einmalige Einnahmen, die neben dem laufenden Lohn und Gehalt gezahlt werden (wie z. B. Gratifikationen), b) auf unständige Arbeiter, die wie bisher 2 bzw. 1 v. H. ihres Arbeitslohnes ohne Berücksichtigung von steuerfreien Beträgen und von Familienermäßigungen zu entrichten haben. Wie der Lohnabzug in Zukunft zu berechnen ist, zeigen folgende Beispiele:

a) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern hat einen Wochenlohn von 49,80 Mk. Es sind die festen Familienermäßigungen anzuwenden, so daß 33,60 Mk. steuerfrei bleiben. 49,80 Mk. — 33,60 Mk. = 16,20 Mk., davon 10 v. H. = 1,62 Mk., abgerundet 1,60 Mk. Hiervon beträgt die Ermäßigung 15 v. H. = 24 Pf., so daß als Steuer zu entrichten sind: 1,60 Mk. — 24 Pf. = 1,36 Mk., abgerundet 1,35 Mk.

b) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern verdient wöchentlich 34,30 Mk. Da er unter die prozentualen Familienermäßigungen fällt, gestaltet sich die Berechnung wie folgt: 34,30 Mk. — 24 Mk. = 60,30 Mk., davon 6 v. H. = 3,61 Mk., abgerundet 3,60 Mk. Die 15 v. H. Ermäßigung hiervon würde 54 Pf. betragen, so daß nur der Höchstbetrag von 50 Pf. abzusetzen ist. Die Steuer beträgt also 3,60 Mk. — 50 Pf. = 3,10 Mk.

2. Das Gesetz erhöht die Grenze für die Nichterhebung von Kleinbeträgen. Während bisher die Lohnsteuer nicht einbehalten wurde, wenn der Betrag wöchentlich nicht über 20 Pf. und monatlich nicht über 80 Pf. hinausging, bleibt sie in Zukunft unerhoben, wenn sie 25 Pf. wöchentlich oder 1 Mk. monatlich nicht übersteigt. Beispiel: Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern verdient 37 Mk.

wöchentlich. Davon bleiben 33,60 Mk. steuerfrei, also 3,40 Mk. Steuerpflichtig; hiervon 10 v. H. = 34 Pf., abgerundet 30 Pf. Die 15 v. H. Ermäßigung von 30 Pf. beträgt 4,5 Pf. Dann sind 30 Pf. — 4,5 Pf. = 25,5 Pf., abgerundet 25 Pf. Dieser Betrag wird als Kleinbetrag nicht erhoben.

Die Ermäßigung der Lohnsteuer ist bei den kleinen Einkommen weit geringer als bei den mittleren und höheren. Sie beträgt z. B. für einen ledigen Steuerpflichtigen bei einem monatlichen Arbeitslohn von 110 Mk. nur 15 Pf. monatlich, bei 150 Mk. 75 Pf., bei 200 Mk. 1,50 Mk. und von 250 Mk. an 2 Mk. Die Steuerleistung eines verheirateten Arbeitnehmers mit zwei Kindern wird gesenkt: bei einem Monatslohn von 1,50 Mk. um 15 Pf. monatlich, bei 175 Mk. um 55 Pf., bei 250 Mk. um 1,60 Mk. und bei 300 Mk. und mehr um 2 Mk. monatlich.

Eine solche Ermäßigung ist unsozial. Die Senkung der Lohnsteuer um 2 Mk. monatlich, die den mittleren und höheren Einkommen gewährt wird, entspricht einer Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 100 auf 120 Mk. Diese Erhöhung haben die bürgerlichen Parteien den unteren Einkommen verweigert, weil sie verhindern wollten, daß das steuerfreie Existenzminimum der Lohnentwicklung angepaßt wurde. Obgleich die Lohnsteigerungen, die in den letzten Monaten eingetreten sind und die im Laufe des nächsten Jahres noch bevorstehen, zum größten Teil nur eine Erhöhung des Nominallohnes, aber nicht eine Erhöhung des Reallohnes darstellen, ist die Freigrenze bei der Lohnsteuer nicht heraufgesetzt worden. Einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung haben nur die mittleren und höheren Einkommen erhalten, die unteren Einkommen, die am schwersten davon betroffen werden, dagegen nicht. Damit wird der Anfang mit der Besteuerung des Existenzminimums gemacht, die von den Unternehmern und den Reichsparteien seit langem gefordert worden ist.

Das war einer der Gründe, aus denen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Ermäßigungs-gesetz abgelehnt hat. Der zweite Grund war die Mißachtung gesetzlicher Verpflichtungen, die Regierung, Reichsrat und bürgerliche Parteien durch die willkürliche Änderung der Ley Brüning bekundet haben. Dieses Gesetz war im Sommer 1925 beschlossen worden, um den Lohnsteuerpflichtigen einen Anspruch auf zukünftige Ermäßigung der Steuerlast einzuräumen, während man die Besitzbelastung sofort um rund eine Milliarde gesenkt hatte. Obgleich die Voraussetzungen für die Anwendung der Ley Brüning in den Monaten April bis September dieses Jahres erfüllt worden waren, dachten weder die Reichsregierung, noch die Länder, noch die Parteien des Bürgerblocks daran, dieses Gesetz tatsächlich auszuführen. Statt dessen wurde es unter fadensteinigen Gründen in beliebiger Weise geändert, und man hat nicht einmal die ehrliche Absicht, wenigstens die geänderte Ley Brüning durchzuführen. Der Reichsrat hat in einer Entschließung ausdrücklich ausgesprochen, daß dieses Gesetz nach wie vor "keine Bindung und nur ein Programm" darstelle, dessen Durchführung im Belieben der gesetzgebenden Faktoren stehe. Schon die dies-malige Ermäßigung der Lohnsteuer entspricht nicht der geänderten Ley Brüning. Sie senkt das Aufkommen der Lohnsteuer nicht auf den in der Ley Brüning neu eingefestigten Betrag von 1300 Millionen Mark jährlich, sondern ermäßigt es, noch weitere Mehrerträge herauszuwirtschaften.

Schließlich wird die Berechnung der Lohnsteuer durch die neuen Ermäßigungs-vorschriften außerordentlich erschwert. Diese Erschwerung war nicht aus sachlichen Gründen notwendig, sondern erfolgte nur wegen der politischen Zwecke,

### Der Herr im Haus.

Eine kurzweilige Studie von Ludwig Pralisch.

Gottlieb Sanfter ist einer, der in der göttlichen Weltordnung und auf dem Schachbrett der Unternehmervelt zuerst den gedachten Panern abgab und, nachdem er Glück im Spiel und beim Spieler hatte, ganz einfach hoch zu Ross den kleinen Allerweltshöflich markierte. Nach dem Grundsatz: Klein fängt man an und so weiter.

Gestern Abend war's, in der Sitzung der Fabrikanten, das liegt dem Gottlieb heute noch schwer im Magen. Einen solchen Beschluß zu fassen! Ansperrten soll er, der Herr Sanfter. Ansperrten! Seine dreißig, vierzig Leute, mit denen er sojudent vor der Fußdrehbank aufgedient hat. Dreißigebenbonnerwetter nochmal! Sie alle sind ihm liebe Kameraden. Gestern Abend in der Sitzung. Er hört es noch im Ohr nachklingen, was der Scharfseher und Obergroßindustrielle Scharfseher heranschrillt: Meine Herrn... zeigen sollen Sie sich! Was ist das? Wir sind Herr im Haus! Wir! Ich, Sie, jeder einzeln... nur nicht weidlich sein wie Walter, dem Prozentkalkulation, der wohlverdiente Unternehmergewinn, der festgesetzte industrielle Reingewinn, das Kassbuch, die göttgemalte Profitkalkulation in Veranschaulichung. Das sind keine hiesigen... wichtige Dinge. Harte Notwendigkeit ist's. Sie parieren nicht, unsere Leute... also raus mit den Rebellen... raus!

Recht hat er schon, der Scharfseher, denkt sich nun der Gottlieb Sanfter. Und beim Denken kommt er erst der zerrende, ein jedes Herz zehrende Katzenjammer. Allmächtige Hohenbank, was das eine Sanfterei, nachdem der vermaledeite Scharfseher den Beschluß durch hat, alle Unternehmer sperren aus.

Vertraut! Herr im Haus! Im Oberstübchen spürt der „mittlere Unternehmer“ was raseln von kapitalistischem Größenwahn. Also spricht Gottlieb Sanfter ganz einfach den Herrn im Haus und drückt auf den Knopf rechts an seinem Privatkonferenzschreibtisch. Soll Befehl sein: des Küchenmädchens soll sofort kommen! Anrückung! Das verdammte Lederchen kommt nicht.

Herr Gott, und der Katzenjammer. Das flücht und quillt. Drückt auf den Knopf links. Anrückung! ... Befehl: Marie, die alte Hausmutter, soll gleich erscheinen. Und die erscheint auch. Angelehnt, mittelalterlich, rotwangig, allmählich...

Der Herr im Haus nimmt Napoleonsstellung und schreit selbstherrlich: Zum Küchenmädchen! Warum kommt's Küchenmädchen nicht? He? ... Verstanden, noch bin ich hier Herr im Haus!

Kreisendes Witwenhergeorgel, soll heißen, Marie spöttelt und kreischt: Oh schon den an... aha... es Küchenmädchen ist fort, weiß von der Madam an Krach kriegt hat und a Waischenangebot: für was und nichts... und wenns mi noch amal is aubraun, lauf ih a davon, Es... Es... Herr im Haus...!

Jetzt steht der Schleifstein. Oder sagen wir, für einen Mann sind alle arbeitserföndlichen Gedanken im veralkoholten Hirn unseres „mittleren Fabrikanten“ verfliegen. Der schneidige Gottlieb tut einen Schritt zum Schränkchen des trinkfesten Mannes, nimmt dort eine Flasche, gießt feinsten Wein ins Glas und schwemmt alles Äbel abwärts.

Gleich darauf, beim sechsten Glas, hat er wieder Schneid und Stimmung und drückt auf den Knopf mitten im Schreibtisch. Befehl: Der Hausdiener hat sofort zu erscheinen! ...

Und der tritt sofort an, wie ein Vorkriegswehrwibel, der eben den höflichsten wilhelminischen Herringsorden kriegen soll, so steht er da vor dem gewaltigen Herrn im Haus. Der Gewaltige gibt Befehl: Sofort rüber gehn in den Betrieb, die... hm... Brüder holen... ah, hm, hehheg... einfach den Betriebsrat herbeiführen... mit glöhen... gehen, marsch... will denen vorillustriern... hier... Herr im Haus!

Darauf verschluckt Herr Gottlieb Sanfter den Rest von der dritten Flasche und ist grad damit fertig, da klopfen menschliche Fingerknöchel an die Tür.

„Herrheim!“ trompetet der Herr im Haus.

Hier, fünf Arbeiter treten in das Privatkontor des Unternehmers. Voran der mit seinem Gradanschnitt, den Kopf hoch, ein feines Lächeln im edigen Gesicht, der Michel Hieb. Als Vorsitzender des Betriebsrats nimmt er gleich die Rede her und sagt: Des Esz nur wissen, wir haben alle miteinander in den Sack... aber gleich...!

Haus! ... Der Herr hockt im Lehnstuhl. Auf den Allerwertesten hat es ihn hingehaut. So was! Die Kerle sind hoch... Langsam schiebt sich Herr Gottlieb hoch, karri, bleich vor Wat, den Sprecher an, den frechen, und gurgelt lustigauswend raus: Wer haut in den Sack? ... Ich sag, gar keiner von euch... ich sag das, fertig, basta, noch bin ich Herr im Haus! ...

Jetzt des is zünftig... manens denn, mir warten, bis mer an tritt ham am Wagen, daß mer rausfliegen beim Tempel? grinnt der Michel. Die anderen kichern.

Tempel, was heißt Tempel... freilich, vom Industriellenverband aus muß ich alle... ansperren... alle... versucht es Herr Sanfter mit einer Drohung. Aber die abgebrühten Verbandsbrüder lassen sich nicht schrecken. Also lacht da einer und sagt ganz gemächlich: Na, so tans China halt kann Zwang an...!

Und der Michel Hieb gibt noch einen Hieb drauf: „Wissens, Herr, China Wauwan is a Kinderel... abrigens... wir haben alle vierzig, wie mer drüben in Ihrem Betrieb schaffen, scho a Stellung... wo, wird net gesagt... fragens halt amal bei Ihrem Verband an, die Herren verratens scho... also... mir gehn... unsere Papiere, samns so gut, Herr Gottlieb Sanfter...“

Eine dreimal gefalgene Bauernwatsche kann keine solche Wirkung erzielen... man muß sich das vorstellen. Der Herr rumpelt hoch und kräft, ein übergeschnappter Tenorist kann das nicht hellhöriger machen, so legt der Herr seine Meinung hin: Mir gibts! Keine Entlassungspapiere... nix dal! Noch bin ich hier Herr im Haus!

Die Arbeiter bleiben aber stehen, wie hingegackelt. So steht ein richtiger Betriebsrat aus. Fest, unerschütterlich, schlan und doch energigisch. Ist das Diplomatie oder sonst was?

Nun packt es der Herr auch diplomatisch an. Recht wohlwollend und verständig redet er auf den Betriebsrat ein. Er braucht lange, der Unternehmerchlauner, bis er die Leute so weiß hat, daß sie mit ihrer Sache noch ein halbes Stündchen warten.

Kann sind die Arbeiter die Stiege hinabgeholt, geht der Besitzer der kleineren Industrieanstalt an das Telephon und schnattert los: Hier Gottlieb Sanfter... Herr... ah... was sagt der Industriellenverband dazu... meine Leute... alle Feierabend machen und behaupten, anderweltig Arbeit zu finden... stimmt das?... Müßen Sie doch wissen?... Wie, Sie wissen nichts?... nanschaun soll ich meine Arbeiter?... So? Damit ein anderer meine tüchtigen Leute ansträhen kann?... Was?... Das ist Ihnen Wurs?... alsdann mir auch... Schluß!

Und der Herr pfeffert die Ohrgabel hin, daß der ganze Kasten kracht und fährt wie ein kleines Auto mit Rückfahrt im Kontor auf und ab.



mit 40 Jahren Gebärfähigen in der am wenigsten gefährdeten Gruppe nur ungefähr ein Drittel des Prozentsatzes der Gebärfähigen, den die am meisten gefährdete Berufsgruppe mit 40 Jahren noch aufweist.

Mutterweishheit aus Liebe.

Wo bist du hergekommen, wo hast du mich aufgezogen? fragte das Kind seine Mutter.

Sie antwortete halb weinend, halb lachend und drückte das Kind an ihre Brust.

Du warst verborgen in meinem Herzen als eine Sehnsucht, Liebling.

Du warst in den Puppen meiner Kinderspiele, und wenn ich aus Lehm das Bildnis meines Gottes formte jeden Morgen, dann formte und vernichtete ich dich.

In all meinem Hoffen und Lieben, in meinem Leben, in dem Leben meiner Mutter hast du gelebt.

Im Schoße des unsterblichen Geistes, der über unserm Hause waltet, bist du genährt worden durch Menschenalter.

In meiner Mädchenzeit, da mein Herz seine Blumenblätter aufschloß, schwebtest du als ihr Duft darüber.

Deine garte Sanftheit blühte in meinen jugendlichen Gliedern wie ein Wolkenglänzen von Sonnenaufgang.

Himmelswächter Liebling des Morgenlichtes, du bist den Strom des irdischen Lebens heruntergeschwommen, und zuletzt bist du an meinem Herzen gestrandet.

Ich schaue in dein Gesicht, und Unfassbares überkommt mich. Du, der allen gehört, bist mein geworden.

Vor Angst, dich zu verlieren, halte ich dich eng an meiner Brust. Welcher Zauber hat den Schatz der Welt in diese meine Arme verstrickt!

Rabindranath Tagore.

Verschiedene Industrien

Gesamtaussschüsse für Heimarbeit.

Herr Regierungsrat Dr. Opiß (Dresden), Vorsitzender des Schlichtungsausschusses Dresden und mehrerer Gesamtaussschüsse, schreibt in der 'Sozialen Praxis' Nr. 51 vom 22. Dezember 1927:

Der Grundpfeiler des deutschen Heimarbeiterschutzes bildet die Festsetzung von Mindestentgelten. Sie erfolgt durch die Gesamtaussschüsse. Wo aber ein Verfahren auf gemeinsame Festsetzung von Mindestentgelten für mehrere Hausarbeitsgebiete oder Gesamtarbeitsbezirke nach den Umständen erforderlich erscheint, um in der Heimarbeit eine Abwanderung aus einzelnen Gebieten zu vermeiden, kann auch ein Gesamtarbeitsbezirk eingeschaltet werden (§ 27 HAW.). Die Begründung zur Novelle vom 27. Juni 1923 (RAWI. 1922 S. 21), die ja erst den Gesamtaussschüssen die Befugnis zur Festsetzung von Mindestentgelten übertrug, führt dazu vollkommen zutreffend aus, daß sich häufig die Notwendigkeit ergeben würde, die Lohnfestsetzung gemeinsam für mehrere Gesamtarbeitsgebiete zu treffen. Gerade weil der Lohn für Bestand und Wettbewerbsfähigkeit der Hausindustrien eine besonders wichtige Rolle spiele, sei er auch für den Wettbewerb verschiedener Hausindustriestrukturen untereinander von erheblicher Bedeutung, und eine für einen Bezirk ganz ohne Berücksichtigung des bisherigen Lohnunterschiedes gegenüber einem Wettbewerbsbezirk erfolgende Lohnfestsetzung könnte zu einer Verschiebung des Schwerepunktes einer Hausindustrie von einem Bezirke zum anderen führen. Es müßte daher die Möglichkeit gegeben werden, für mehrere Gesamtarbeitsbezirke gemeinsam die Löhne festzusetzen; ja, es müßten auch solche Gebiete in die Regelung einbezogen werden können, für die ein Gesamtarbeitsbezirk bisher nicht errichtet sei. Wäre es doch möglich, daß gerade die Hausarbeit nach solchen Gebieten, in denen sie bisher nur schwach vertreten gewesen war, abwandere. Der Entwurf des Arbeitsrecht-Ausschusses ging sogar noch weiter und wollte in erster Linie den Gesamtarbeitsbezirk die Entgeltregelungen überlassen. Trotzdem haben weder die Landesverwaltungsbehörden noch der Reichsarbeitsminister von dieser Befugnis zur Einsetzung von Gesamtarbeitsbezirken einen nennenswerten Gebrauch gemacht. Hat das seinen Grund darin, daß sich in der Praxis die Ausführungen der Begründung nicht als richtig erwiesen haben? Das ist keineswegs der Fall, im Gegenteil habe ich in meiner mehrjährigen Praxis als Vorsitzender mehrerer Gesamtarbeitsbezirke gefunden, daß bei der Mehrzahl aller Entgeltfestsetzungen die von der Begründung angenommenen Schwierigkeiten immer wieder aufrufen. Ursache hierfür ist der Umstand, daß für eine ganze Reihe von Hausarbeitsgebieten entweder keinerlei Gesamtarbeitsbezirke bestehen oder noch keine Festsetzungen getroffen worden sind. Aber auch dort, wo Festsetzungen von verschiedenen Gesamtarbeitsbezirken in der gleichen Industrie erfolgt sind, gehen sie oftmals sehr weit auseinander. Das liegt daran, daß die Festsetzungsbeschlüsse der Gesamtarbeitsbezirke in der Regel in einer Landeszeitung bekanntgemacht werden und so den Vorsitzenden anderer Gesamtarbeitsbezirke unbekannt bleiben. Wo aber eine Veröffentlichung im Reichsarbeitsblatt erfolgt, kommt sie meist mit sehr großer Verspätung. Meine mehrfachen Anregungen, daß das Reichsarbeitsministerium sämtliche Festsetzungsbeschlüsse entweder sämtlichen Gesamtarbeitsbezirksvorsitzenden oder mindestens denjenigen der gleichen Branche umgehend übermitteln solle, haben leider bisher keinen Erfolg gehabt. Und auch, wenn dies der Fall wäre, würde damit die Gefahr auseinandergehender Festsetzungsbeschlüsse noch nicht beseitigt sein, denn der Fachmann weiß, daß bei den Festsetzungen sehr oft tatsächliche Momente eine große Rolle spielen, da der Vorsitzende unbedingt eine Mehrheit erzielen muß, weil er nicht die gleichen Befugnisse hat, wie die Vorsitzenden der Gesamtarbeitsbezirke, die unter bestimmten Voraussetzungen einen Schlichterspruch allein fällen können. So lassen sich also auch beim Festsetzen mehrerer Gesamtarbeitsbezirke für die gleiche Branche die Gefahren der Abwanderung der Heimarbeit kaum umgehen, und das gleiche gilt beim Festsetzen nur eines Gesamtarbeitsbezirkes für einen bestimmten Bezirk. Man muß sich dabei nur noch vor Augen halten, daß diese Abwanderung viel leichter möglich ist als bei der Fabrikarbeit. Bei letzterer

Statistische Erhebungen über die Arbeitszeit.

Der Bundesvorstand des ADGB hat in der Zeit vom 24. bis 29. Oktober 1927 neue Erhebungen veranstaltet über die Arbeitszeit. Die Ermittlungen erstreckten sich auf die Betriebe des Bau-, Buchdruck- und Holzgewerbes, der chemischen Industrie, Metall-, Schuh- und Textilindustrie. Der Zweck war, im Vergleich mit den Resultaten der Erhebung vom 25. bis 30. April 1927 die Folgewirkung des Arbeitszeitgesetzes vom 9. April d. J. statistisch zu erfassen. Erfragt wurde wieder der Umfang der tatsächlichen Arbeitszeit unter Einfluß der in der Berichtswoche über die normale Arbeitszeit hinaus geleisteten etwaigen Überarbeit. Der

Umfang der Erhebung ist größer als der der früheren Erhebungen, denn es liegen Angaben für 67 099 Betriebe und 2 904 849 Beschäftigte aus dem Bereiche von 595 Ortsaussschüssen vor. Das Ergebnis zeigt im Vergleich mit der Erhebung im April dieses Jahres einen starken Rückgang in der kürzeren Arbeitszeit, der um so bemerkenswerter ist, als die neue Erhebung im Gegensatz zur vorhergehenden in eine ausgesprochen konjunkturstärkende Periode fiel. In einigen der erfragten Industrien bestand sogar eine Hochkonjunktur mit starkem Auftrieb zur Überarbeit. Das Ergebnis kommt in der folgenden Tabelle zum Ausdruck:

Die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit in der Woche vom 24. bis 29. Oktober 1927.

Table with columns: Industrie, Zahl der Betriebe, Zahl der Personen, Anzahl der erfassten Betriebe, Anzahl der erfassten Personen, und Arbeitszeit in Stunden (bis 48, über 48, davon über 54).

Der Anteil der kurzarbeitenden Arbeitnehmer ist von 4,8 auf 1,7 v. H. gesunken. Bis 48 Stunden arbeiten 55,8 v. H. der erfassten Personen gegen 47,4 v. H. im April. Die Zahl der mehr als 48 Stunden wöchentlich Arbeitenden ist von 48 v. H. auf 42,7 v. H. gesunken. Von diesen arbeiteten im April noch 12,3 v. H. mehr als 54 Stunden, bei der neuen Erhebung ist der Anteil auf 6,2 v. H. gesunken. Die Zahl der normal weniger als 48 Stunden Arbeitenden (ohne Kurzarbeiter) beträgt rund 174 000 gegen 159 000 im April dieses Jahres. Anteilmäßig ist allerdings infolge des größeren Gesamtumfangs der letzten Erhebung dieser Gruppe von 6,3 v. H. auf 6,0 v. H. gesunken. Die Verschiebung zugunsten der kürzeren Arbeitszeit zeigen mit geringen Ausnahmen alle erfassten Industriegruppen.

Speziell die Ergebnisse in der chemischen Industrie sind in der untenstehenden Tabelle enthalten.

Inch hier sehen wir einen Fortschritt zum Guten. Von den erfassten Personen arbeiten 63 Prozent bis zu 48 Stunden in der

Woche, über 48 Stunden sind 34,7 Prozent beschäftigt. Das ist ein erheblicher Rückgang, der zum Ausdruck kommt bei der erstgenannten Kategorie. Leider weist der Prozentsatz der über 54 Stunden Beschäftigten eine Steigerung auf. Hoffentlich können wir bei der nächsten Erhebung auch für diese Sparte eine Besserung feststellen.

Table for 'Auf 100 Beschäftigte kommen' showing percentages for different working hours categories across various dates.

spielt die Lage des Unternehmens eine wesentliche Rolle, sei es, daß erforderliche Rohstoffe in der Nähe vorhanden sind, sei es, daß besonders günstige Transportmöglichkeiten bestehen, sei es, daß ein besonders gut eingerichteter Stamm aller Facharbeiter am Orte anständig ist usw. Dadurch läßt sich auch eine Differenzierung der Löhne in der Fabrikarbeit bis zu einem gewissen Grade ertragen. Ganz anders jedoch liegen die Verhältnisse bei der Heimarbeit. Sie stellt in der Hauptsache weniger wertvolle Stapelwaren her, die sich leicht verschicken lassen, und die meist nach einer gewissen Anlernzeit auch von fremden Arbeitern ausgeführt werden können, während andererseits der Lohnanteil, wie die Begründung zur Novelle vom 27. Juni 1923 durchaus zutreffend ausführt, eine wesentliche Bedeutung hat. Das alles hat mich in Übereinstimmung mit den Ausführungen der Begründung zu der Überzeugung geführt, daß es unbedingt notwendig ist, die Festsetzung von Mindestentgelten für die Heimarbeit für einen möglichst großen Bezirk, am besten für das ganze Reich, vorzunehmen, es sei denn, daß eine bestimmte Heimarbeit aus besonderen Gründen nur in einem bestimmten Bezirke besteht und deren Abwanderung auch nicht zu befürchten ist. Gewiß kann hier eingewendet werden, daß einer dauernden Einrichtung von Gesamtarbeitsbezirken der Wortlaut des § 27 HAW. entgegenstehe, die ihre Einsetzung von Fall zu Fall vorsehe. Dielem Bedenken ist aber, wie in dem Obelischen Kommentar zum HAW. (S. 28) ganz richtig ausgeführt ist, dadurch ohne weiteres abzuhelfen, daß man die Errichtung immer wiederholt und so doch zu einer Dauereinrichtung kommt.

Damit werden die einzelnen Gesamtarbeitsbezirke noch keineswegs überflüssig. Sie werden nach wie vor eine ganze Reihe von Fragen erledigen müssen, die zentral nicht zu regeln sind. In erster Linie werden sie für die Durchführung von Zwangsverfahren weiter tätig sein müssen, da deren Durchführung durch Gesamtarbeitsbezirke praktisch unmöglich sein dürfte. Allerdings dürfte hier ernstlich zu erwägen sein, ob die Durchführung der Zwangsverfahren nicht überhaupt besser anderen Stellen übertragen werden kann. Es erscheint mir eine kaum zu verantwortende Verletzung des Staatshaushaltes zu bedeuten, wenn für ein einzelnes Zwangsverfahren 120 bis 300 Mk. aus Staatsmitteln ausgegeben werden müssen. Das ist dort der Fall, wo nur wenige einzelne Zwangsverfahren laufen, wobei möglicherweise auch noch das Objekt der Nachzahlung ein ganz geringes ist. Muß doch nach den Bestimmungen des § 37 HAW. auch dann der Gesamtarbeitsbezirk unter Umständen zweimal zusammenzutreten, um zunächst einmal den betreffenden Gewerbetreibenden zur Nachzahlung des Minderbetrages an die Hausarbeiter unter Androhung einer Buße aufzufordern, und dann bei Nichtzahlung, um die Buße für verwirkt zu erklären. Schon hier scheint es unbedingt notwendig, einen einfacheren Weg an Stelle der jetzigen gesetzlichen Regelung zu suchen, etwa derart, daß die Vermittlung der angebotenen Buße bei Nichtzahlung des Minderbetrages nach vorheriger schriftlicher Abstimmung der Mitglieder des Gesamtarbeitsbezirkes durch einen Vorsitzenden erfolgt, wie es Funke (RAWI. 1926 S. 433) vorgeschlagen hat. Ich würde es aber überhaupt für richtig halten, wenn man zur Kostenersparung die ganze Durchführung des Zwangsverfahrens den amtlichen Schlichtungsausschüssen übertrüge. Sie bestehen lückenlos für das ganze Reich und haben auch die nötige Sachkunde, besonders, da ja auch die Vorsitzenden zu den einzelnen Sitzungen sachverständige Beisitzer in gleicher Weise wie bei den Gesamtarbeitsbezirken zuziehen können, allerdings hier nur in der Beschränkung auf zwei Beisitzer auf jeder Seite. In Sachen sind außerdem die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse Vorsitzende der Gesamtarbeitsbezirke. Auf diese Weise

könnten bei gleichem Erfolge beträchtliche Summen erspart werden, denn selbst wenn man es dann bei der oben kritisierten zweimaligen Sitzung beliebe, würden sich die Kosten doch auf die Hälfte der oben angegebenen Summen ermäßigen. Dabei ist noch zu prüfen, ob man nicht, mindestens dann, wenn sich die Festsetzung der Buße notwendig macht, die Kosten des Verfahrens dem betreffenden Gewerbetreibenden auferlegen soll, ein Vorschlag, wie er von Arbeitnehmerseite schon mehrfach geäußert worden ist, denn dann liegt das Verschulden des Gewerbetreibenden klar zutage, während das allerdings bei der erstmaligen Aufforderung zur Nachzahlung nicht der Fall zu sein braucht.

Verbandsnachrichten.

Meldungen zum Fernunterricht und zur Teilnahme an den Lehrgängen der Arbeiterhochschulen.

Im Laufe dieses Jahres beginnen bei der Arbeiter-Akademie und den Wirtschaftsschulen Düsseldorf und Berlin neue Lehrgänge. Unser Verband will diese wie bisher besichtigen. Wir ersuchen unsere Kolleginnen und Kollegen, ihre Bewerbungen bis zum 31. Januar beim Hauptvorstand einzureichen. Die Frist ist deshalb so früh gesetzt, weil alle Teilnehmer verpflichtet sind, vorher an dem Fernunterricht teilzunehmen. Wir bitten aber auch diejenigen Bewerber, ihr Bewerbungsschreiben einzureichen, die erst in diesem Jahre den Fernunterricht mitmachen wollen, um sich genügend vorzubereiten für einen Lehrgang im Jahre 1929.

Die Bewerbungen müssen handschriftlich geschrieben und selbst verfaßt sein. Sie müssen enthalten: eine Abhandlung über den Lebenslauf, nähere Angaben über den bisherigen Bildungsgang sowie über die bisherige Betätigung in der Arbeiterbewegung und Probestarbeiten über folgende Themen:

- 1. Die Organisation meines Betriebes. (Technische Beschreibung; Beschreibung der speziellen Berufstätigkeit des Bewerbers; Produktionsorganisation; Arbeitsorganisation; Abfahrtsorganisation; Verflechtungen mit anderen Betriebsunternehmungen; Funktionen von Gewerkschaft und Betriebsrat innerhalb des Betriebes; die im Betrieb angewandten Lohnformen; Wohlfahrtsleistungen und sonstige Maßnahmen.)
2. Das Verhältnis von Gewerkschaft und Betriebsrat nach dem Betriebsrätegesetz.
Die Bücherkosten für den Fernunterricht haben die Beteiligten selbst zu tragen.
Die zugelassenen Bewerber zum Lehrgang und ihre Angehörigen erhalten eine Entschädigung für die Dauer des Lehrganges. Die Teilnehmer müssen sich verpflichten, während dieser Zeit keinerlei Nebenbeschäftigung anzunehmen, sondern ihre Kraft und Zeit dem Studium zu widmen.
Die Bewerber sollen in der Regel das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben und mindestens drei Jahre Mitglieder des Verbandes sein.
Um Irrtümern zu vermeiden, sei von vornherein betont, daß den Besuchern der Schulen keinerlei Anrecht auf eine Anstellung in der Gewerkschaft gewährleistet werden kann.
Der Hauptvorstand.

Bewerbungen zur Verbandsschule.

Auf Grund der Ausschreibung haben sich 470 Kolleginnen und Kollegen zum Besuch der Verbandsschule beworben. Da wir im ersten Halbjahr 1928 nur 6 Kurse abhalten können, kann leider die Mehrzahl der Bewerber bei diesen 6 Kursen nicht berücksichtigt werden. Bei der großen Zahl der Bewerber können wir nicht jedem einzelnen Trost und Versprechungen für die Zukunft zukommen lassen. Allen Bewerbern, denen eine Mitteilung von uns zum Besuch der Schule nicht zugeht, sei also hiermit gesagt, daß ihre Teilnahme für dieses Mal nicht möglich ist.

Mitgliedsbuch Walbert verloren.

Wie die Jahresscheine München mitteilt, hat der Kollege Leonhard Walbert sein Mitgliedsbuch Nr. G. 99 886 verloren. Sollte das Buch gefunden oder zum Zwecke der Unterföhrungsabhebung vorgezeigt werden, so ist es an den Hauptvorstand einzusenden. Der Vorzeiger ist polizeilich festzustellen.

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Die Großmacht Chemie

Die chemische Industrie ist heute die erste Wirtschaftsmacht in Deutschland. Lange Jahrzehnte hindurch war es die Metallindustrie in Verbindung mit der Eisen- und Stahlherstellung. Eisen und Stahl geben der modernen Welt ihr Gepräge. Ohne diese Produkte wäre die moderne Kultur in all ihren Formen unmöglich. Deshalb war die Schwerindustrie lange Jahre hindurch eine Großmacht im Wirtschaftsleben. Die chemische Industrie zählt zu den jüngsten in Deutschland. Ihr Aufstieg, namentlich in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Kriege, gebührt zu den interessantesten Epochen der wirtschaftlichen Entwicklung. Aus ihr bildete sich eine Großindustrie, die ihre eigenen Gesetze hat und mit den übrigen Wirtschaftszweigen nur schwer vergleichbar ist. Der Krieg erweiterte das Feld der Chemie; Rohstoffe, die aus dem Ausland nicht zu beziehen waren, mußten zu gewinnen versucht werden. Aber dies erforderte die Leitung der chemischen Industrie. Ihre Geheimnisse entlocken wurden. Da die Zukunft von Stickstoff und Nahrungsmitteln stockte, kam es zu den interessantesten und epochenmachenden Versuchen, Stickstoff aus den fernsten Zonen der Luft herunterzulassen, um sie zur Gewinnung der menschlichen Nahrung nutzbar zu machen. Die Nachkriegszeit hat die chemische Industrie in neue Bahnen gedrängt. Die Erfahrungen des Krieges wurden genutzt gemacht und zu erweitern versucht. So erwarb sich aus all diesen Umständen eine mächtige Großindustrie, die zu den ersten in Deutschland wurde. Es ist deshalb kein Wunder, daß die größte deutsche Aktiengesellschaft, die über ein Aktienkapital von 1100 Millionen Mark verfügt, von der chemischen Industrie errichtet wurde. Der Reichsverband der deutschen Industrie, diese mächtigste Unternehmerorganisation, wird von einem chemischen Großindustriellen, Prof. Dr. D. U. S. geleitet. So ist es zu einer Umgruppierung gekommen, die mächtige Schwerindustrie des Westens mußte es sich gefallen lassen, an die zweite Stelle gedrängt zu werden.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands konnte im Herbst 1927 sein 50jähriges Bestehen feiern. Anlässlich dieses Gedenktages trat die Entwicklung und Entwicklung der chemischen Industrie in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussionen. Dabei wurde die Bedeutung dieser Industrie für das deutsche Wirtschaftsleben in das gebührende Licht gerückt. Während der 70er Jahre schätzte man die Produktion der chemischen Industrie auf rund 50 Millionen Mark jährlich. Nach einer vom Reichsamt des Innern veröffentlichten Statistik war sie im Jahre 1927 bereits auf 948 Millionen Mark gestiegen. Für das Jahr 1928 schätzt man die chemische Produktion auf rund 3 Milliarden Mark. Dennoch hat das geheimnisvolle Zauberwort Chemie noch keine Grenzen der technischen Entwicklungsmöglichkeiten erkennen lassen.

Es ist gerade für unser Land von wesentlicher Bedeutung, aus den vorhandenen Stoffen dasjenige herauszuholen, was die Natur wo anders in freispender Weise bietet. Früher angestrebt, wertvolle Stoffe bilden heute den Rohstoff für wertvolle Produkte. Das riesige Reservoir der Erfindungen wird der menschlichen Nahrung dienlich gemacht. Aus den Tiefen der Erde werden Schätze geholt, die in verfeinerter Produktion das irdische Leben verschönern helfen. Die chemische Industrie ist die Verbindung zwischen Wissenschaft und industrieller Tätigkeit. In den Laboratorien sind heute Tausende von Menschen tätig zur Erforschung immer neuer Möglichkeiten. Die nächste Stufe ist die Produktion, wo die stillen Forschungen zur Leben spendenden Wirklichkeit werden. Daneben entstanden Büros und Abhängigkeitsorganisationen, um die Produkte zu vertreiben. Teilweise war gar kein Markt vorhanden, sondern er mußte erst gesucht und geschaffen werden. Und aus der Vereinigung all dieser Faktoren entstanden solche gewaltige Körper, wie die I. G. Farbenindustrie A.-G. (Vergl.). Sie ist eine Unternehmung von gewaltiger Bedeutung und Ausdehnung. Nicht nur eine Großmacht im Innern, sondern mit den anderen Industrien der Welt durch Interessengemeinschaften verbunden und verankert.

Zufolge der bereits erwähnten Tagung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie hielt eine führende Persönlichkeit der I. G. Farbenindustrie A.-G., Dr. H. v. Weinberg, einen Vortrag, in dem auf die Zukunft der chemischen Industrie mit folgenden Worten hingewiesen wurde: Überblicken wir zunächst die anorganische Chemie, so sehen wir, daß selbst die alten Verfahren, wie die Herstellung von Schwefelsäure, durch neue Methoden ersetzt, daß Metalle und andere Elemente wie Magnesium, Beryllium, Wolfram, Cer, Chrom, Titan erfolgreich in das Gebiet der Technik einbezogen werden und daß alle Edelsteine auf chemischem Wege hergestellt gelernt worden sind. Von überragender Bedeutung ist aber die technische Verwirklichung des Haber-Bosch-Verfahrens zur Erzeugung von Ammoniak aus Stickstoff und Wasserstoff. Neue Wege zur Gewinnung von Salpetersäure, Nitrat usw. wurden erschlossen. An die Erschließung des Hochdruck-Kontaktsverfahrens bei der Ammoniak-Synthese knüpfte sich schon heute eine Reihe unheimlich wichtiger neuer Methoden, wie der Synthese der Cyanwasserstoffe und der höheren Alkohole. Auf diese Weise werden organische Substanzen vorwiegend in beträchtlichen Mengen erzeugt, die als Lösungsmittel usw. in steigenden Mengen Verwendung finden. Aber es wird voraussichtlich auch möglich sein, die so gewonnenen höheren Alkohole zu Fettsäuren zu oxydieren und aus z. B. in der Seifenindustrie von Naturprodukten unabhängig zu machen. Durch Kontakt-Synthesen wird es uns ferner gelingen, die Ausgangsstoffe für die Synthese von Kunststoffen und Kunststoffen in bequemer Weise zu gewinnen. In erreichbare Nähe stehen wir die, wenn auch noch nicht völlig gelöste Aufgabe, Gase, wie Stickstoff mit Hilfe von Hefe aus Kohlehydraten und Ammoniumsalzen herzustellen. Der große Bedarf der Menschheit an Stickstoff wird heute aus Kohle und Kalk gewonnen. Wichtig ist auch die Herstellung des künstlichen Kampfers. Künstliche Harze und Kunststoffe aller Art erleben Schicksal, Horn, Leder und andere Materialien. In das Gebiet der Feststoffe ist die Chemie vorgedrungen und verschiedene Methoden führen zu brauchbaren Kunststoffen. Die Entwicklung dieses Fabrikationszweiges ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Es ist gelungen, eines der wichtigsten Probleme, die Synthese der Petrokohlenwasserstoffe, technisch zu lösen. Die Ausgangsmaterialien sind letzten Endes Steinkohle oder Braunkohle und Wasser. Hiermit wurde ein Weg eingeschlagen, der analog der in der Natur zur Entstehung des Erdöls geführt hat. Auf dem viel beachteten Gebiete der Leuchtstoffe können wir feste Fortschritte feststellen. Schon ist Indigo und Alizarin durch Indanthrenfarbstoffe und Körper der Naphthol A.-S. Reihe überströmt und feste Fortschritte macht die Verbesserung der Darstellung aller Gruppen der Leuchtstoffe, von denen, wenn man nur die wichtigsten berücksichtigt, etwa 2000 benutzt werden. Unermüdblich gehen die Untersuchungen weiter auf dem Gebiete der Synthese neuer Feststoffe. Hier öffnet sich das Tor, das von der chemischen Industrie zur Biologie hindurchführt und diese beiden scheinbar so verschiedenartigen Gebiete in immer nähere Beziehung bringen wird.

Aus diesen Worten kann man schließen, daß die bisherigen Erfolge der Chemie erst Anfangen darstellen. In Zukunft werden Erfindungen hergestellt werden, die die deutsche Wirtschaft auf eine ganz neue Grundlage stellen können. Die Einfuhr von Rohstoffen wird überflüssig werden. Sogar Kautschuk und Guttapercha, jene Stoffe, auf denen die Monopolmacht des britischen Weltreiches begründet liegt, will die Chemie gewinnen. Doch nicht nur dies, auch Glasstoffe, die die menschliche

Ernährung wesentlich zu erweitern in der Lage sind, sollen gewonnen werden. Durch die Synthese der Petrokohlenwasserstoffe hat man einen Weg eingeschlagen, der in der Natur zur Entstehung des Erdöls geführt hat und in der chemischen Verarbeitung unserer Kohlenstoffe praktisch zur Auswertung kommt, das sind nur einige Dinge, die wir noch einmal unterstreichen wollten. Somit ist das Gebiet der Chemie unbegrenzt. Durch die von Herrn v. Weinberg herausgehobenen internationalen Verbindungen, die gerade in der chemischen Industrie zur Lauffase geworden sind, werden die Landesgrenzen glatt überwunden.

Somit ist Vorsorge getroffen, daß auch in Zukunft das Brot schneller wächst als die Menschen, die Menschheit auf Erden glücklicher leben kann, als dies bisher der Fall war. Somit wird das Forschungsgebiet Chemie zu einer sozialen Angelegenheit. Die Kommandeure dieser Industrie müssen es sich vor Augen führen, welche Macht in ihre Hand gegeben ist. Die chemische Industrie muß ihrer Arbeiterchaft, die teilweise ihre Gesundheit einlegen und schwere Arbeit leisten müssen, gut bezahlen. Die erbärmlichen Arbeitsverhältnisse in den „Schichtstätten“ dürfen niemals wiederkehren. Darüber hinaus muß das gesamte arbeitende Volk haben an diesen Errungenschaften, die durch die Verbindung zwischen Wissenschaft und Arbeit entstanden. Nicht Monopolgewinne der betreffenden Industrie soll das Ziel sein, sondern die vorteilhaftere Versorgung der Menschheit mit allem was sie bedarf. Ein neues Zeitalter scheint heraufzusteigen, das besser und vorteilhafter ist, als jedes andere zuvor. Es ist Aufgabe der Arbeiterchaft, sich ihren Anteil an den Reichtümern der Menschheit zu sichern.

#### Das Vordringen des französischen Kuhlmann-Konzerns

Die I. G. Farbenindustrie hat kürzlich ein Kartellabkommen mit der französischen Kuhlmann-Gesellschaft, wie auch mit dem Farbenkonzern von St. Denis getroffen, laut welchem der französischen Farbenindustrie ein Gebietsschutz für Frankreich zugesichert, außerdem auch die Aufteilung der ausländischen Absatzgebiete vereinbart wurde. Zwischen den beiden französischen Großkonzernen, welche das Kartell mit der I. G. gründeten, ist eine Interessengemeinschaft zustande gekommen. Dadurch hat das Vordringen des Kuhlmann-Konzerns einen weiteren großen Fortschritt gemacht. Der überwiegende Teil der französischen Farbenindustrie wird künftig in einer Hand vereinigt werden. Der Kuhlmann-Konzern, welcher bereits 70 Prozent der französischen Ausfuhr an stickstoffhaltigen Düngemitteln bewältigt, steht jetzt im Begriff, seine Düngemittelherzeugung in großem Umfang zu erweitern. Die Ausdehnung des internationalen Kartells auf Stickstoff und andere Düngemittel ist im Kartellvertrag mit der I. G. bereits vorgesehen. Für die Gewinnung von Ammonium wird sich der Kuhlmann-Konzern jetzt eine Anzahl von Kohlenwerken anschließen, außerdem hat er bei einem belgischen Kohlewerk maßgebende Beteiligung erworben. Auch die Herstellung von Kunstseide wurde in das Produktionsprogramm des Kuhlmann-Konzerns aufgenommen.

### Papier-Industrie

#### 15 Prozent Preiserhöhung in der Tapetenindustrie

Der Verband Deutscher Tapetenfabrikanten und der Tapetenfabrikantenverein saßen in einer Sitzung am 13. Dezember 1927 folgende Beschlüsse:

1. Die beiden Verbände erklären, daß sie den 5prozentigen Sonderabatt, entsprechend ihren bis zum 16. November 1927 gültigen Bestimmungen, beibehalten.
2. Bezüglich des 3prozentigen Aufschlages für Unbrauchbarbleibend bleibt es gleichfalls bei den bis zum 16. November 1927 gültigen Bestimmungen der beiden Verbände.
3. Mit Wirkung ab 15. Dezember 1927 werden die Preise der Nachlieferungspreise beider Verbände für Ware, für welche die Nachlieferungsfrist Ende Dezember 1928 erlischt, um 15 Prozent erhöht. Deckungsaufträge zu alten Preisen dürfen nicht angenommen werden.

In den Armen liegen sich beide und weinen vor Lust und Freude; so könnte man angesichts dieses Beschlusses unwillkürlich ausrufen. Bis vor kurzer Zeit lebten beide Vereinigungen der Tapetenfabrikanten noch wie Hund und Katz. Sobald es sich aber um Preiserhöhungen handelt, ist, wie das Beispiel zeigt, die Einheitsfront der feindseligen Brüder schnell wieder hergestellt.

Für die Tapetenarbeiterchaft ist besonders auch folgende Tatsache bemerkenswert. Während im Tapetenfabrikantenverein die tarifstreuen Unternehmer ihre Wirtschaftsorganisation gefunden haben, sind im Verband Deutscher Tapetenfabrikanten fast ausschließlich die Tariffeinde organisiert, die ihren Herren-im-Haus-Standpunkt nur dann aufrecht erhalten, wenn es sich um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tapetenarbeiterchaft handelt, die aber auf ihren Herrenstandpunkt verzichten, wenn die Preisfrage in den Vordergrund tritt. Diese Preiserhöhung dürfte auch für jene Tapetenarbeiter, deren Unternehmer dem Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industrien (VPI) nicht angehören, und die durch Sonderartverträge (Tarifverträge, die zwischen Firma und Gewerkschaften abgeschlossen wurden, nicht aber sogenannte Betriebsvereinbarungen ohne Mitwirkung der Gewerkschaften) nicht gebunden sind, ein willkommener Anlaß sein, mit Lohnforderungen an ihre Arbeitgeber heranzutreten. Es wird sich dann zeigen, daß bei diesen Augenweibern des Tarifvertrages das alte Sprichwort gilt: Nehmen ist seliger denn geben!

#### Papierarbeiterausperrung in Schweden

Die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände erhielt durch Schreiben vom 23. Dezember 1927 von unserer schwedischen Bruderorganisation folgenden Bericht:

Hierdurch teilen wir mit, daß unser Verband aller Wahrscheinlichkeit nach bereits am kommenden 2. Januar von einer großen Aussperrung getroffen werden wird, weil der Arbeitgeberverband den geltenden Tarifvertrag der Ende dieses Jahres abläuft, gekündigt hat. In seinem uns unterbreiteten Entwurf zum neuen Tarifvertrag hat der Arbeitgeberverband bedeutende Verschlechterungen der bestehenden Löhne vorgesehen. Verhandlungen sind vor längerer Zeit abgehalten, erst direkt zwischen den beiden Parteien und später durch den von der Regierung ernannten Schlichter, Landrat Kvarnengrens. Diese Verhandlungen wurden am 20. September abgebrochen, ohne daß es möglich war, eine Verständigung zu erzielen.

Die Arbeitgeber haben erklärt, daß die Fabriken am 2. Januar nicht in Betrieb gesetzt werden, falls ein Tarifvertrag nicht vor Ablauf des Jahres vereinbart ist.

Es besteht keine Aussicht auf eine friedliche Lösung des Konflikts. Die Arbeitgeber halten an ihrer Forderung auf Lohnherabsetzung fest, nämlich der Lohn der bestbezahlten Arbeiter um 29 Öre pro Stunde oder 637 Kronen pro Mann und Jahr

berabgesetzt werden soll. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, einer gewissen Herabsetzung der Schichtlöhne gegen eine Herabsetzung der niedrigsten Löhne zuzustimmen.

Wir halten es für unsere Pflicht, den Bruderorganisationen mitzuteilen, in welche schwierige Lage wir durch das Verhalten der Unternehmer gedrängt sind. Die Unternehmer scheinen die schlechten Konjunkturlagen zur Herbeiführung unbilliger Arbeitsbedingungen benutzen zu wollen. Wir sind davon überzeugt, daß die Kollegen der übrigen Länder verstehen werden, daß wir nicht solche Forderungen annehmen können, sondern gezwungen sind, den Kampf solange zu führen, bis eine Verständigung erzielt werden kann.

In diesem Konflikt schreibt das „Wochenblatt für Papierfabrikation“ Nr. 52/1927 u. a. folgendes:

Der entstandene Konflikt umfaßt in der Papierstoffindustrie insgesamt 17 000 Arbeiter, deren Ausperrung am 2. Januar 1928 bereits vom Arbeitgeberverband beschlossen worden sein soll. Es ist inzwischen eine neue Zusammenberufung der beiden Streitparteien nach vorläufigem Beschluß beschlossen worden. Der Abbruch der Verhandlungen war auf die Idee der Arbeitgeberseite betreffs der Grundlöhne zurückzuführen. Ferner handelt es sich um die Überstundenbezahlung. Nach der Lage der Dinge zu urteilen, wird das „Lockout“ in der Papiermasseindustrie als unvermeidbar zu erwarten sein.

Diese Art der Berichterstattung ist bezeichnend. Der Bericht des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ stellt das Kampfbild so dar, als wenn es sich um zwei Streitpunkte von ganz untergeordneter Bedeutung handeln würde, die nur nicht erledigt werden können, weil die schwedischen Papierarbeiter keine Lust zur Verständigung haben. Großartig wie ein richtiges Amtsblatt der Unternehmer nun einmal ist, verschweigt es aber zugunsten der schwedischen Papiererzeugungsindustriellen, daß diese einen geradezu ungeheuerlichen Lohnabbau von ihrer Arbeiterchaft verlangen.

Wir ersuchen die deutschen Papiererzeugungsarbeiter bringen, jedes Arbeitsangebot nach Schweden abzulehnen. Auch bei Arbeitsangeboten nach den übrigen skandinavischen Ländern bitten wir, zuerst durch uns Erkundigungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuziehen. O. Stähler.

#### Löhne in der Papiererzeugungsindustrie Kanadas

In dem Ende November 1927 erschienenen Jubiläumsheft „Der Papierfabrikant“ schreibt Dr. Arthur St. Klein einen lehrreichen Aufsatz über „Fortschritt der Zellstofffabrikation im 20. Jahrhundert“. In diesem Aufsatz bringt Dr. Klein folgende recht interessanten Zahlen über die Papiererzeugungsindustrie Kanadas:

1900 waren in 53 Werken rund 10 000 000 Dollar angelegt, es wurden 6238 Mann beschäftigt, die 2 800 000 Dollar = 9 660 000 Mark an Löhnen und Gehältern bekamen.

1925 waren 114 Fabriken im Betrieb, das angelegte Kapital betrug 460 Millionen Dollar, und es wurden 22 031 Mann beschäftigt, mit einem Einkommen von 33 500 000 Dollar = 181 700 000 Mark. Das durchschnittlich in Einzelabriken angelegte Kapital war 1900 360 000 Dollar, 1925 4 000 000 Dollar pro Fabrik; die Durchschnittserzeugung hatte pro Fabrik 1900 einen Wert von 163 000 Dollar, 1925 rund 1 700 000 Dollar.

Der Durchschnittsverdienst der Belegschaft ist von 370 Dollar = 1554 Mark auf 1375 Dollar = 5775 Mark pro Jahr gestiegen.

Rohstoffe haben 1900 42,1 Prozent des Gesamterzeugungswertes gekostet, 1925, trotzdem das Holz doch teurer geworden ist, nur 39,8 Prozent.

Löhne haben 1900 27 Prozent des Gesamterzeugungswertes betragen, 1925 etwas weniger als 20 Prozent.

Diese Verschiebungen zeigen schon, wie sehr die Vergrößerung der Produktion auf die Erzeugungskosten Einfluß hat.

Wir haben die Gliederung in Absätze selbst vorgenommen, um die einzelnen Posten besser zur Geltung zu bringen. Die Umrechnung der Löhne in Reichsmark ist erfolgt, um einen Vergleich mit den deutschen Löhnen zu erleichtern.

Da im gleichen Jubiläumsheft auch die Papiermacherberufsgenossenschaft, die uns ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1928 großmütig verweigerte, mit ihren Zahlen aufwartet, ist es recht interessant, die Jahresdurchschnittsverdienste der deutschen Papiermacher den ihrer kanadischen Kollegen gegenüberzustellen. Wir bemerken ausdrücklich, daß die deutschen Löhne den Angaben der Papiermacherberufsgenossenschaft entnommen sind.

#### Jahresdurchschnittsverdienste der deutschen und kanadischen Papiermacher

Jahr	Jahresdurchschnittsverdienst in Reichsmark der Papierarbeiter in Deutschland	Jahresdurchschnittsverdienst in Kanada	Verhältnis in Reichsmark der kanadischen Papierarbeiter
1900	716	1554	838
1925	1678	5775	46,97

Wer angesichts dieser Zahlen noch nicht glauben will, daß die deutsche Papiererzeugungsindustrie an den „hohen Löhnen“ zugrunde geht, der ist mindestens Sozialdemokrat und kommt in die Hölle.

Wir sehen also, daß in Kanada die Rationalisierung der Betriebe in erster Linie auch der Arbeiterchaft durch Lohn-erhöhungen zugute gekommen ist. Die kanadischen Unternehmer haben richtig kalkuliert: Erhöhte Produktion verlangt einen erhöhten Absatzmarkt, und dieser ist nur zu erreichen durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen, die gesteigerte Kaufkraft ist aber wiederum nur möglich durch Erhöhung der Löhne.

In Deutschland handeln die Unternehmer anders. Rationalisierung und erhöhte Produktion, ja, erhöhte Löhne, nein; denn dadurch wird das Produkt verteuert.

Die Rationalisierungserfolge in Kanada und Amerika beweisen, daß der größte Teil der deutschen Unternehmer noch volkswirtschaftliche Säuglinge im kapitalistischen Staat sind. O. Stähler.

#### Mehr Arbeiterschutz

Aus Kilmory wird geschrieben: Wenn es sich um die Gesundheit der Arbeiterchaft handelt, sind die Betriebsleitungen öfters von besonderer Schwerebörigkeit besessen. Ein krasser Fall liegt in der Zellulosefabrik in Maltby a. d. Oder vor. Die im Maschinenraum beschäftigten Personen bekamen sich fast täglich über die ausströmenden chemischen Dämpfe aus den Kesseln. Mehr als einmal sind die Leute schon umgefallen. Täglich müssen sich

Denk erdrehen oder fluchtartig die frische Luft aufsuchen. Beim Ablassen eines jeden Kochers strömt der ganze Gehalt in das Maschinenhaus. Dazu kommt noch, daß die Stoßböden bei der Saugpumpe nicht dicht halten. Alle Vorstellungen des Betriebsrates und der dort beschäftigten Arbeiter bleiben ohne Erfolg. Wohl ist ein Abzug vorhanden, der ist aber zu schwach. Gasmasken sind den Angestellten noch bestellt, kommen aber niemals heran. Jetzt ist nur eine einzige vorhanden, es kann aber unmöglich verlangt werden, daß jede Abteilung die Maske in Benutzung nimmt. Das Öffnen der Türen wäre das Billigste, ist aber nicht gut möglich, denn sobald die Türen geöffnet werden, entsteht ein furchtbarer Zug, den die Leute wieder nicht aushalten können, weil sie bei der großen Hitze in dem Maschinenraum nur wenig bekleidet sein können.

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Ist die Zuckerindustrie rentabel?

Von den Zuckerindustriellen können wir die meisten Klagen über Unrentabilität der Betriebe hören. Verfolgt man aber die veröffentlichten Jahresabschlüsse, dann kommt man zu einem anderen Resultat. Uns liegt der Jahresabschluß der Süddeutschen Zucker-A.-G., Sitz Mannheim, vor. Zu der Gesellschaft gehören 9 Rübenzuckerfabriken, von denen einige auch Weißzucker herstellen, und die Zuckerraffinerie Frankenthal.

Im allgemeinen Teile des Berichtes wird ausgeführt, daß die am Schlusse des Vorjahres ausgesprochenen Erwartungen zum guten Teile erfüllt seien. Geklagt wird darüber, daß die Zollerhöhung zu spät eingetreten ist, das sei zum Schaden der deutschen Industrie geschehen. Das Ausland habe seinen Zucker in großen Mengen nach Deutschland werfen können. Bei Begründung des erhöhten Zollsches hieß es aber doch, der Zoll wirke sich im Inlande nicht aus. Hier spricht man aber von einem Schaden, den die Industrie gehabt habe. Das kann doch nur so verstanden werden, daß man durch höheren Schutzoll höhere Preise zu erzielen hoffte. Also gibt man zu, daß sich der höhere Zoll im Preise doch auswirkt. Trotz mancher Klagen kommt der Bericht zu der Schlussfolgerung, das Jahr sei kein ungünstiges gewesen.

Die angeschlossenen Rohzuckerfabriken hatten eine größere Rübenmenge zur Verfügung. Sie konnten wirtschaftlicher ausgenutzt werden. Die Raffinerien konnten glatt durcharbeiten, wenn sie auch nicht ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend voll zur Ausnutzung kamen. Die Erzeugnisse konnten mit Nutzen abgesetzt werden.

Die Gesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von 30 Millionen Mark. Der erzielte Reingewinn betrug 3 286 754 Mark. Er hätte also ziemlich hingereicht, um 11 Prozent Dividende zu verteilen. Die Gesellschaft begnügt sich aber damit, auf Stammaktien 8 Prozent und auf Vorzugsaktien 7 Prozent Dividende anzuschütten und den Rest des Gewinnes auf neue Rechnung vorzutragen. Diese Gewinnziffer zeigt also neben den übrigen Ausführungen im Bericht, daß die Behauptung, die Zuckerindustrie sei nicht rentabel, nicht stimmt. Wenn man über den zehnten Teil des Aktienkapitals als Gewinn erzielt, in einer Zeit, in der alles über Unrentabilität klagt, dann kann man nicht sagen, daß das kein günstiger Abschluß ist. Aber auch in anderer Beziehung bietet der Abschluß Anlaß zu mancherlei Betrachtungen.

Die vorhandenen Bestände an Wertpapieren, Beteiligungen, Kasse, Wechsel, Schuldner- und Bankguthaben ergeben 19 178 015 Mark. Diefem ausstehenden Guthaben stehen Verbindlichkeiten von 16 579 915 Mark gegenüber. Die ausstehenden Guthaben sind also über 2 1/2 Millionen Mark höher als die Verbindlichkeiten. Im vorigen Jahre standen diese Posten wesentlich ungünstiger. Die oben angeführten Außenstände betragen damals 16 731 807 Mark und die Verbindlichkeiten 17 834 445 Mark. Hier standen also die Verbindlichkeiten um etwas über 1 Million Mark höher als die Außenstände, so daß bei diesem Posten eine bedeutende Verbesserung zugunsten der Firma eingetreten ist. Aus der Bilanz ist nicht ersichtlich, woher diese höheren Bestände kommen. Sie sind aber ein Zeichen dafür, daß die Gesellschaft sehr gut fundiert ist.

Des weiteren muß berücksichtigt werden, daß diese Aktiengesellschaft erst den 2. Geschäftsbericht herausgibt, also mit Abschluß des vorliegenden Geschäftsberichtes erst das zweite Geschäftsjahr hinter sich hatte. Zu der Fusion überhaupt wird im Geschäftsbericht folgendes gesagt:

Die von der Fusion erwarteten Auswirkungen hinsichtlich einer wirtschaftlicheren Betriebs- und Geschäftsführung lassen sich bereits für das Berichtsjahr zu einem guten Teile feststellen. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung schließen außer Berücksichtigung ausreichender Abschreibungen und nach Verrechnung der nicht unerheblichen Fusionsschulden mit einem verfügbaren Reingewinn von 3 286 754,04 Mark ab.

Hier wird also klipp und klar zum Ausdruck gebracht, daß die Süddeutsche Zuckerindustrie durch ihren Zusammenschluß größere Vorteile erreicht hat, trotzdem der Zusammenschluß nicht unerhebliche Fusionsschulden verursacht hat. In den nächsten Jahren hat man mit diesen Fusionsschulden nicht mehr zu rechnen. Es ist daher zu erwarten, daß das nächste Geschäftsjahr besser abschließt. Ferner ist bemerkenswert, daß die Firma trotz des erst zweijährigen Bestehens nicht nur ihren Reservefonds in geschätzter Höhe zurückgestellt hat, sondern sie verfügt außerdem über eine Conderrücklage von 30 000 Mark und ein Abschreibungslohn von 1 304 000 Mark, das sich auch in diesem Jahre noch erheblich erhöht. Es kann also mit dem besten Willen nicht gesagt werden, daß die Zuckerindustrie keine Gewinne erwirft.

Über das Geschäftsergebnis des laufenden Jahres äußert sich der Bericht sehr zurückhaltend. Er kommt aber zu dem Schluss, daß auch dieses befriedigend verlaufen dürfte, da das Verkaufsgeschäft wenigstens mangellos zufriedenstellend sei. Nun noch eine besondere Frage!

Die Zuckerindustriellen behaupten nun bei jeder Gelegenheit, daß gerade für sie der Achtfundentag undurchführbar sei. Immer und immer wird betont, die Industrie könne die Durchführung des Achtfundentages nicht ertragen. Die Süddeutschen Zuckerfabriken, deren Geschäftsergebnis geradezu als glänzend zu bezeichnen ist, haben aber nun seit jeher in 3 Schichten gearbeitet.

Die reaktionär eingestellten Arbeitgeber der Zuckerindustrie wollen nicht deshalb die längere Arbeitszeit, weil der Achtfundentag undurchführbar ist, sondern für sie ist der Achtfundentag eine Lohnfrage mit. Außerdem befürchten sie, daß der Arbeiter in seiner freien Zeit sich auch noch um andere Dinge kümmern könne als um seine Arbeit. Für unsere Kollegen der Zuckerindustrie muß das ein Grund sein, für die Durchführung der Achtfundentage auch in der Hauptbetriebszeit einzutreten. Das Beispiel Süddeutschlands zeigt, daß die Zuckerindustrie den Achtfundentag sehr gut ertragen kann.

E. Senkfell.

#### Die Deutsche Zuckerbank A.-G.

Damit die deutsche Zuckerindustrie zur Kampagne mit den nötigen finanziellen Mitteln versehen werden kann und damit sie nicht unter das Machtgebot der Großbanken fällt, haben sich Zuckerindustrie und Landwirtschaft eigene Geldinstitute geschaffen. Ein solches ist auch die Deutsche Zuckerbank A.-G. Sie hat jetzt ihren Geschäftsbericht veröffentlicht. Während sonst in der Deutschen Zuckerindustrie ein längerer Bericht über das Geschäftsergebnis erfolgt, kommt diese Zeitschrift für das Jahr 1926/27 nur mit einer ganz kurzen Notiz auf das Geschäftsergebnis zurück. Aus der Notiz geht folgendes hervor:

Die Deutsche Zuckerbank A.-G. hat ein voll eingezahltes Aktienkapital von 800 000 Mk. Der Reingewinn betrug 135 101 Mk. An Dividende werden 15 Prozent verteilt. Der besonderen Rücklage werden 25 000 Mk. überwiesen. Der Aufsichtsrat erhält an Entlohnung und Gratifikation 18 333 Mk. Der Rest von 1 787,77 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Wir haben hier dasselbe Bild wie in den letzten Jahren. Die Industrie klagt ständig, daß es ihr schlecht geht. Die Bankinstitute, die sich die Industrie geschaffen hat, damit sie möglichst vorteilhaft mit Kapital versorgt wird, verteilt aber 15 Prozent Dividende. Man kann nicht behaupten, daß 15 Prozent in einer Zeit, in der alles ruft, wir verdienen nichts, kein guter Verdienst ist. Man muß aus dieser Tatsache die Schlussfolgerungen ziehen. Diejenigen Zuckerfabrikannten, die ausschlaggebend an der Bank beteiligt sind, erhalten ihre Dividende durch die Bank. Es ist aber gleichgültig, ob man sie durch die Bank oder durch die Fabrik erhält. Man kann aber so der Öffentlichkeit das Bild zeigen, daß die Zuckerindustrie nichts verdient. In Wirklichkeit werden auf das in die Zuckerindustrie hineingesteckte Kapital 15 Prozent Dividende verteilt. Außerdem erhalten die Aufsichtsratsmitglieder eine ganz nette Entschädigung, und auch hier finden wir wiederum die ausschlaggebenden Herren aus der Zuckerindustrie vertreten. Also das in die Zuckerindustrie hineingesteckte Kapital hat sich auch im Jahre 1926/27 sehr gut verzinst.

E. Senkfell.

#### Wandlungen in der Weltversorgung mit Pflanzenstoffen für die Fettproduktion.

Wir haben wiederholt im Protestler darauf hingewiesen, daß sich bei der Versorgung mit Rohstoffen für pflanzliche Öle und Fette gegenüber der Vorkriegszeit eine starke Verschiebung bemerkbar macht. Aus dem Internationalen Agrar-Institut in Rom können wir einige interessante Zahlen, die wir der "Margarine-Industrie" entnommen, bringen. Danach ist eine erhebliche Verschiebung bei dem Weltmarktumsatz in den verschiedenen Rohstoffen der Ölindustrie eingetreten.

Eine beträchtliche Abnahme der Handelsmengen weisen in Millionen Doppelzentner folgende Saaten auf. Sie betragen:

Saatgut	1909/13	1924	1925
Rapsfaat	4,0	3,4	2,6
Sesamfaat	2,7	1,1	1,4
Leinfaat	14,2	18,6	11,1
Baumwollfaat	7,7	6,7	6,5

Eine Zunahme weisen auf:

Erbsen	5,5	9,9	13,1
Sojabohnen	7,9	16,3	14,3
Palmsämere	3,2	5,3	5,7
Kopra	5,5	8,5	8,8

Bei Raps wird in der Produktion eine Senkung festgestellt, gleichzeitig im Handel. Bei Lein haben wir in der Produktion eine Steigerung, im Handel zunächst auch eine Steigerung und dann eine Senkung. Baumwollfaat zeigt in der Produktion ebenfalls eine Steigerung, beim Handel dagegen eine Senkung.

Obige Ziffern bestätigen, was wir wiederholt festgestellt haben. Es werden zur menschlichen Ernährung heute mehr Öle aus Erbsen, Sojabohnen usw. verwendet als früher. Daher hier die starke Steigerung, während bei früher gangbarsten Saaten mit Ausnahmen von Kopra und Palmsämere eine starke Senkung zu verzeichnen ist.

E. Senkfell.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

#### Ein Notkreuz des Reichsversicherungsamts.

Das Reichsversicherungsamt hat eine kurze Denkschrift verfaßt, in der es über starke Zunahme der Eingänge und Mangel an Arbeitskräften klagt. Dabei erfahren wir, daß die erledigung der Spruchsachen zur Zeit etwa 10 Monate dauert; sie wird in Zukunft aber ein Jahr und länger beanspruchen, wenn nicht eine Vermehrung der Beamten und der Zahl der Senate eintritt. Von Juli bis September 1926 betrug die Zahl der Verwaltungsachen 9334, in der gleichen Zeit 1927 13 968. Hier wirken sich die im Laufe des letzten Jahres auf dem Gebiete der Sozialversicherung erlassenen Vorschriften und Verordnungen aus.

In der Rechtsprechung haben sich die Renteingänge als auch die unerledigt gebliebenen Streitigkeiten gegenüber dem Stande des Vorjahres rein zahlenmäßig verdoppelt. Dagegen ist der Stand des Beamtenstandes kaum verändert. Und da mit einer weiteren Zunahme der Arbeitskraft zu rechnen ist, wird auf eine Vermehrung der Arbeitskräfte gedrungen.

Dieser Schrei des Reichsversicherungsamtes verdient stärkste Beachtung und die Justiz sollte schnelle Abhilfe. Denn die Sparmaßnahmen des Reichs auf Kosten der Armen der Armen durchzuführen, will schließlich auch der Reichsarbeiterschutz nicht veranlassen. Was sind das für Zustände, wenn ein Jahr und mehr vergeht, bis ein Rentenberechtigter das Urteil des Reichsversicherungsamtes in die Hände bekommt. Wie können die in Frage kommenden Beamten des Reichsversicherungsamts sich der ihnen anvertrauten Streitigkeiten gründlich widmen? Will die Regierung diesen Zustand vielmehr auch nur einen Monat auf Kosten des Vertrauens dieser höchsten Stelle der Sozialversicherung dulden? Denn bei Bekanntwerden dieser Verhältnisse muß das Vertrauen zu den Urteilen des Reichsversicherungsamts schwinden.

Aber eine andere Frage wirft sich auf: Welche Qualitäten besitzen alle jene Beamten, die heute als Vorsitzende der Versicherungsämter und Oberprüfer tätig sind? Diese Frage scheint im Hinblick auf die so stark anwachsende Zahl der Renteingänge doch mindestens ebenso berechtigt, als der Hinweis auf die neuen Verordnungen und Vorschriften. Es wäre doch erwünscht, wenn das Reichsversicherungsamt etwas beachtlicher würde.

#### Die Höhe der englischen Sozialausgaben.

Wie aus einem jüngsten amtlichen Bericht ersichtlich ist, belaufen sich im April 1926 bis März 1927 die Sozialausgaben in England auf 237 Millionen Pfund Sterling, gleich 4,7 Milliarden Mark. Die Unfallentschädigungen sind in dieser Aufstellung nicht eingeschlossen; außerdem beziehen sich eine Anzahl von Posten auf das Jahr 1925/26, während die Ausgaben im Jahre 1926/27 erheblich gestiegen sein dürften. Die Beiträge der Sozialrenten (Rentenpensionen) stehen an erster Stelle bei den Sozialausgaben mit 54,2 Millionen Pfund. Die Unterstützung der Arbeitslosen auf Grund der Arbeitslosenversicherung kostete 47,7 Millionen, auf Grund der Krankenfürsorge (Armenpflege) der Gemeinden 40,1 Millionen Pfund. Die Kosten der Krankenversicherung beliefen sich auf 41,2 Millionen, die der Altersversicherung auf 27,4 Millionen Pfund. Für den Bau von Arbeiterwohnungen wurden (1926) 17,8 Millionen Pfund aus öffentlichen Mitteln verwendet. Der Mutter- und Jugendschutz kostete 2,1 Millionen, die Witwen- und Waisenrenten 6,6 Millionen Pfund. Die Sozialausgaben dürften im Verhältnis zur Bevölkerungszahl in keinem Lande die Höhe der englischen erreichen. Trotzdem hört man nie Proteste der Unternehmer gegen die allzu hohen Soziallasten. Trotz scharfer Wirtschaftskrisen haben sich die Unternehmer mit dem im Vergleich zu anderen Ländern hohen Sozialabgaben abgefunden. Sie betrachten diese als eine selbstverständliche und unvermeidliche Belastung.

#### Ratifikation des Übereinkommens über die Entschädigung von Berufskrankheiten.

Die schweizerische Bundesregierung hat dem Internationalen Arbeitsamt mitgeteilt, daß sie die formelle Ratifikation des Übereinkommens betreffend die Entschädigung von Berufskrankheiten beim Generalsekretär des Völkerbundes vollzogen hat.

Dieses Übereinkommen wurde auf der sechsten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1925 beschlossen. Jeder Mitgliedsstaat der Internationalen Arbeitsorganisation, welcher das Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, durch Berufskrankheiten erwerbsunfähig gewordenen Arbeitnehmern oder ihren Hinterbliebenen eine Entschädigung nach den allgemeinen Grundsätzen seiner Gesetzgebung über die Entschädigung von Betriebsunfällen zu gewähren. Die Krankheiten, die der Entschädigungspflicht unterliegen, sind folgende: Vergiftung durch Blei, dessen Legierungen und Verbindungen, sowie unmittelbare Folgen dieser Vergiftungen, ferner die Ansteckung durch Malaria. Auf Entschädigung besteht Anspruch, wenn derartige Krankheiten bei den im Übereinkommen genannten Gewerben und Verfahren aufgetreten sind.

Dieses Übereinkommen ist bereits von Belgien, Finnland, Großbritannien, Jugoslawien und Irland ratifiziert worden.

### Rundschau.

#### Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Dezember auf 151,3 gegen 100 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,5 Prozent gestiegen. Bei den Ernährungskosten werden die Steigerungen für Eier, Gemüse und Kartoffeln durch das Nachgeben der Preise für Fleisch mit zum Teil ausgeglichen. Die Bekleidungskosten haben die Aufwärtsbewegung fortgesetzt. Die Indexziffern betragen für die einzelnen Gruppen (1913 = 100): für Ernährung 152,8, Wohnung 125,4, Heizung und Beleuchtung 148,4, Bekleidung 165,7 für sonstigen Bedarf, einschließlich Verkehr, 185,8.

#### Wie die Bürgerblockregierung den Alkohollismus bekämpft.

Die Regierung Marx-Bendell fühlt sich als Sachwalterin der Kapitalisteninteressen. Kein Wunder, daß auch die Wünsche der Brauer, Brenner und Destillateure von ihr erfüllt werden. Schon immer ärgerten sich die Alkoholproduzenten und -händler darüber, daß im Reichsgebiet Mittel zur Bekämpfung des Alkohollismus zur Verfügung gestellt werden. Es war zwar nur eine kleine Summe, mit der nicht viel angefangen werden konnte — 1,8 Millionen für ein ganzes Jahr, aber schon die geringste Eindämmung des nun wieder über die Massen sich ergießenden Alkoholstroms können die Vertreter des Alkoholkapitals nicht ertragen. So forderten sie einen Abbau dieser Abwehrarbeit. Und die Regierung setzte im Haushaltsplan für 1928 die Summe auf 1,4 Millionen herab! Erfreulicherweise war jedoch der Reichstag verständiger als die Regierung: er stellte den früheren Betrag wieder ein. Nun mag der Reichstag zeigen, ob er den Mut hat, den Bier- und Schnapsessenden zuliebe den Kampf gegen den Alkohollismus noch mehr zu erschweren.

#### Literarisches.

"Arbeiter-Jugend", Januarheft des 20. Jahrgangs. Die politische Situation zeichnet im Leitartikel der Genosse S o l l m a n n: "Kampf und wieder Kampf". Ein Aufsatz für den Dortmund Jugendtag lenkt das Interesse auf die größte Veranstaltung des Jahres 1928. Die Not der arbeitenden Jugend zeigt Emil Steink in einem kurzen Auszug aus dem Bericht der preussischen Gewerkschaftsbehörde. In der Beilage "Arbeitsgemeinschaft" behandelt der Genosse Artur Safernus in einem Aufsatz "Ningensland in der Gegenwart" zahlreiche Beispiele sozialistischer Wirtschaftsgestaltung. Peter G a r w o n schreibt über "Der Weltkommunismus und die russische Krise". Christian W r i n g bespricht in einem illustrierten Aufsatz das neue Buch Cunow's "Vom Urmenschen und seiner Wirtschaft". Den Artikel "Kultur und Leben" hat Viktor Engelhardt geschrieben. Unter dem Gesamttitle "Mit offenen Augen durch die Kunst der Heimat" beginnt eine Artikelserie, die die Jugend mit der Architektur verschiedener Seiten bekannt machen will. Die Erzählung dieser Nummer stammt aus dem Buch "Die schönsten Geschichte der Welt" von Rudyard Kipling: "Garm als Geisel". Karl Schröder nimmt kritisch Stellung zu dem literarischen Schaffen Jack Londons. — Es folgen dann noch Besprechungen und die Schachdecke. — Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die Post und durch jede Buchhandlung. Das Einzelheft kostet 25 Pfennig.

Gemeinschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinschaftsbewegung. Jena, Dezemberheft 1927. Verlag Karl Zwang. Verlagsbuchhandlung Jena, St.-Jakob-Strasse Nr. 36. Vierteljahrsabonnement 3,60 Mk. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die wirtschaftliche Bedeutung der Bevölkerungsexplosion. — Die Psychologie in der Arbeiterbildung. — Konjunkturbeobachtung durch außerwirtschaftliche Eingriffe. — Zu Gilberts Kritik an den deutschen Ausgaben. — Die künftige Wirtschaftspolitik der englischen Arbeiterpartei. — Den Ortsverordnungen sei die Zeitschrift zum Wohlwollen empfohlen.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung Kurt Heintz (Berlin). Oktoberheft 1927. Verlag Karl Zwang, Verlagsbuchhandlung Jena. Monatlich 1 Heft. Vierteljahrsabonnement 2 Mark. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Was sind Kartelle? Auseinandersetzungen zwischen Unternehmerrhetorik und Industriepolitik. — Querchnitt durch die industriellen Selbstkosten. — Wie der Betriebsrat in Aufsichtsräten der Aktien-Gesellschaften.